

# Insolvenzen in Europa

Jahr 2004/05

Eine Untersuchung der  
Creditreform Wirtschafts-  
und Konjunkturforschung

<b><u>INHALT</u></b>	<b><u>SEITE</u></b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2004</b>	<b>1</b>
2.1 Unternehmensinsolvenzen	1
2.2 Privatverschuldung	5
<b>3 Insolvenzen in Deutschland</b>	<b>8</b>
<b>4 Im Kern der Probleme: Die Finanzierung</b>	<b>10</b>
<b>5 Konjunktur und Insolvenzen</b>	<b>13</b>
<b>6 Länderberichte</b>	<b>16</b>
6.1 Großbritannien	16
6.2 Italien	17
6.3 Spanien	18
6.4 Frankreich	18
<b>7 EU-Osterweiterung: Beitrittskandidaten</b>	<b>19</b>
7.1 Polen	22
7.2 Slowakei	23
7.3 Slowenien	23
7.4 Tschechien	24
7.5 Ungarn	25
7.6 Baltikum: Estland, Lettland und Litauen	26
<b>8 Insolvenzen in Japan und den USA</b>	<b>27</b>
8.1 Japan	27
8.2 USA	28
<b>9 Zusammenfassung</b>	<b>29</b>
<b>Verzeichnis der Informationsquellen</b>	<b>34</b>

## ■ 1 Einleitung

Die Weltwirtschaft boomte 2004 wie seit fast drei Jahrzehnten nicht mehr. Einziger Wermutstropfen war der starke Anstieg des Rohölpreises im vergangenen Jahr. Der dadurch verursachte Kaufkraftentzug bremste den privaten Konsum. Die Unternehmensinvestitionen, die, unterstützt von der expansiven Geldpolitik im letzten Jahr, mehr und mehr Dynamik entfalteten, wurden ausgedehnt.

Deutschlands Stück vom Konjunkturkuchen fiel allerdings eher schmal aus; seit 1995 zählt Deutschland – neben Portugal und Italien – zu den Ländern mit den niedrigsten Wachstumsraten. Dagegen wachsen die zehn neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die der Gemeinschaft zum ersten Mai 2004 beitraten, überdurchschnittlich. Insbesondere die baltischen Länder verzeichnen hohe Zuwachsraten, die robuste Konjunktur wird von einem starken Anstieg der Industrieproduktion begleitet. Dennoch sind in diesen Ländern die marktwirtschaftlichen Strukturen noch jung und dementsprechend wenig gefestigt. Augenscheinlich wird das bei Betrachtung der Gesetze zum Marktein- und Austritt der neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. In den meisten Fällen existiert noch kein funktionierendes Insolvenzrecht mit dem entsprechenden rechtsstaatlichen Unterbau an Behörden. Vergehen gegen vorhandene Konkursgesetze werden selten verfolgt. Creditreform präsentiert nun bereits zum 15. Mal die Insolvenzsituation und Entwicklung in Europa und auch schon zum zweiten Mal für die neuen Mitgliedsländer, jedoch losgelöst vom restlichen Europa.

## ■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2004

### 2.1 Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen der EU-17-Staaten stieg im Vergleich zum Jahre 2003 um 1,0 Prozentpunkte auf insgesamt 156.245 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 154.647).

Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits im Jahre 2002 begann – die Verlangsamung der Zunahme der

Unternehmensinsolvenzen. War im Jahr 2002 noch eine Steigerungsrate von 10,7 Prozent festzustellen, nahmen die Konkurse im vergangenen Jahr nur noch um 2,2 Prozent zu und liegen dieses Jahr mit 1,0 Prozentpunkten Wachstum erneut unter dem Steigerungswert des Vorjahres.

**Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Europa (2002 – 2004)**

■	2004	2003	2002	Veränderung 2003/04 in Prozent
Belgien	7.937	7.593	7.222	+ 4,5
Dänemark	2.573	2.506	2.469	+ 2,7
Deutschland	39.600	39.470	37.620	+ 0,3
Finnland	2.463	2.769	2.885	- 11,1
Frankreich	40.042	38.296	37.987	+ 4,6
Griechenland	577	480	489	+ 20,2
Großbritannien	12.827	14.815	17.094	- 13,4
Irland	321	346	379	- 7,2
Italien	17.457	16.202	15.500	+ 7,7
Luxemburg	671	655	695	+ 2,4
Niederlande	6.574	6.386	6.489	+ 2,9
Norwegen	2.675	3.084	2.603	- 13,3
Österreich	6.273	5.643	5.281	+ 11,2
Portugal	3.100	2.980	2.092	+ 4,0
Schweden	7.630	8.237	7.819	- 7,4
Schweiz	4.955	4.539	4.002	+ 9,2
Spanien	570	646	629	- 11,8
<b>Gesamt</b>	<b>156.245</b>	<b>154.647</b>	<b>151.255</b>	<b>+ 1,0</b>

Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen verläuft in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Den größten Zuwachs verzeichnet mit einer Steigerungsrate von 20,2 Prozent Griechenland. Meldeten 2003 noch 480 Betriebe ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch, sind es 2004 577. Der Fußball-Europameister machte im vergangenen Jahr vor allem durch Unredlichkeiten beim EU-Stabilitätspakt von sich reden. Seit 2000 soll Griechenland das Haushaltsdefizit um durchschnittlich zwei Prozentpunkte nach unten korrigiert haben.

Die Plätze zwei und drei der Länder mit den höchsten Insolvenz-Steigerungsraten belegen Deutschlands Nachbarn Österreich und die Schweiz. Österreich verzeichnet mit 6.273 Unternehmenskonkursen ein „all-time-high“. Der Präsident des Kreditschutzverbandes, Hans-Georg Kantner, umschreibt die Situation der Alpenrepublik wie folgt: „Wir haben eindeutig den Zenit überschritten. Es kann nur noch besser werden ...“. Neben der hohen Steigerungsrate bei den Unternehmensinsolvenzen (plus 11,2 Prozent) beunruhigt insbesondere die Tatsache, dass die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkurse im Jahresverlauf um 24,0 Prozent zunahm. Mittlerweile werden mehr als die Hälfte aller Konkursverfahren in Österreich gar nicht erst eröffnet.

In der Schweiz verstärkt die Zahl der Konkurse von fast 5.000 betroffenen Firmen das Bild einer schwachen Konjunktur. Als Grund für ihr Scheitern gaben 47 Prozent der von Creditreform Schweiz befragten Firmen die finanzielle Situation ihres Betriebes an. Der Insolvenzzuwachs von 9,2 Prozent wird allerdings durch eine hohe Anzahl von Neugründungen kompensiert: 34.443 Unternehmen wurden 2004 gegründet, 7,4 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor und die stärkste Gründungsaktivität seit sieben Jahren.

Den deutlichsten Rückgang der Insolvenzen verzeichnen die Länder Großbritannien (minus 13,4 Prozent), Norwegen (minus 13,3 Prozent) und Spanien (minus 11,8 Prozent), wobei die Angaben für Spanien nur bedingt aussagekräftig sind, wird hier doch für eine Vielzahl von Firmenkonkursen erst gar kein Insolvenzverfahren angestrengt.

### ***Großbritannien ist vorn***

Großbritannien ist der Sieger im europäischen Insolvenzcontest: Binnen Jahresfrist fiel die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 1.988 betroffene Firmen oder 13,4 Prozent auf nunmehr 12.827 insolvente Unternehmen in England, Schottland und Wales. Kaum ein anderes großes Industrieland hatte in den vergangenen Jahren mit seiner Wirtschaft so viel Erfolg wie Großbritannien. Seit zwölf Jahren wächst die Wirtschaft auf der Insel Quartal für Quartal ohne Pause

und nach jüngsten EU-Statistiken übertrifft das britische Durchschnittseinkommen, in Kaufkraftstandards gemessen, das deutsche um zehn Prozent.

Norwegens Volkswirtschaft unterscheidet sich grundlegend von anderen europäischen Volkswirtschaften. Innerhalb einer Generation vollzog das Land einen Quantensprung von einem der ärmeren europäischen Länder, geprägt vor allem durch Schifffahrt und Fischfang, hin zum weltweit drittgrößten Erdölexporteur. 2004 trug zudem die Zinspolitik der norwegischen Zentralbank, die den Leitzins in zehn Schritten von 7,5 Prozent im Dezember 2002 auf 1,75 Prozent im März 2004 senkte, erstmals Früchte. Dadurch wurde der hohe Kurs der norwegischen Krone gesenkt und so der Export angekurbelt. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 13,3 Prozent auf 2.675 betroffene Betriebe im Jahr 2004.

**Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Spanien	2
Griechenland	8
Irland	33
Italien	39
Portugal	45
Großbritannien	57
Finnland	111
Norwegen	112
Niederlande	115
Dänemark	125
Deutschland	135
Schweiz	144
Schweden	157
Frankreich	160
Belgien	181
Österreich	234
Luxemburg	280
<b>Gesamt</b>	<b>81</b>

*Insolvenzquoten sind nur bedingt vergleichbar*

Setzt man die Zahl der Unternehmen in Bezug zur Zahl der Insolvenzen eines Jahres, erhält man die Insolvenzquoten der jeweiligen Länder Europas. Die höchste Insolvenzdichte haben demnach Luxemburg (280 Insolvenzen pro 10.000 existenten Betrieben), Österreich und Belgien, die niedrigste – allerdings, wie schon erwähnt, aus juristisch-administrativen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen – Spanien. Im Durchschnitt der westeuropäischen Länder scheitern 81 von 10.000 existenten Betrieben – 2003 waren es noch 79. Zum Vergleich: Deutschland liegt mit einer Insolvenzquote von 135 darüber, aber noch im unteren Mittelfeld der westeuropäischen Länder.

## **2.1 Privatverschuldung**

Nicht alle europäischen Länder sehen für Privatpersonen die Möglichkeit vor, ein auf sie zugeschnittenes Insolvenzverfahren zu durchlaufen, um nach Abschluss dessen wieder schuldenfrei an der Marktwirtschaft teilnehmen zu können. In Frankreich beispielsweise ist das Verfahren für überschuldete Privatpersonen von den Gerichten abgekoppelt, es gibt in jedem Departement Überschuldungskommissionen, die eine gütliche Einigung zwischen Gläubigern und Schuldern anstreben. Kommt eine Einigung zustande, erlöschen sämtliche restlichen Schulden. Eine Wohlverhaltensperiode wie in Deutschland kennt der französische Code de la Consommation nicht. Seit dem August 2003 gibt es die Möglichkeit der Nutzung eines gerichtlichen Verfahrens für „hoffnungslos und dauerhaft“ überschuldete Personen. Statistische Daten über diese „retablissement personnelle“ liegen noch nicht vor.

Der BGH hat in einem Beschluss aus dem Jahr 2001 entschieden, dass eine in Frankreich erteilte Restschuldbefreiung auch für in Deutschland eingegangene Verpflichtungen gelte, sofern die betreffende Person ihren ständigen Wohnsitz in Frankreich habe. Im Internet bietet nun eine Firma unter dem Motto: „In 18 Monaten Schuldenfrei!“ die komplette Durchführung eines französischen Privatpersonen-Insolvenzverfahrens an: von der Wohnungssuche in Frankreich (Zitat: „Es wird verlangt, dass Sie eine normale Wohnung besitzen. Mit

mehreren Personen in einem möblierten Zimmer funktioniert das Verfahren nicht. Von einem Appartement bzw. 2-Zimmer, Küche und Bad muss schon ausgegangen werden“), über die Erstellung des Mietvertrags, die polizeiliche Anmeldung, die Anmeldung von Strom/Wasser/Telefon, die Aufbereitung der Unterlagen bis zur Einleitung des Insolvenzverfahrens etc. Fragt sich nur, wie ein überschuldeter Deutscher an die 25.000 Euro für die Bereitstellung dieser Dienste kommen soll – zahlbar natürlich im Voraus.

**Tab. 3: Privatinsolvenzen in Europa**

■	2004	2003	Veränderung 2003/04 in Prozent
Deutschland	76.100	60.880	+ 25,0
Großbritannien	48.105	38.932	+ 23,6
Niederlande	2.611	2.362	+ 10,5
Norwegen	1.685	2.139	- 21,2
Österreich	5.613	4.458	+ 25,9
Schweden	406	387	+ 4,9
Schweiz	5.469	5.140	+ 6,4
<b>Gesamt</b>	<b>139.989</b>	<b>114.298</b>	<b>+ 22,5</b>

In Deutschland wurde das Verbraucherinsolvenzverfahren 1999 eingeführt und 2001 reformiert. Seitdem steigt die Zahl der Privatpersoneninsolvenzen nachhaltig an: Meldeten 1999 noch 7.250 vor allem Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch bei Gericht, sind es nun mehr als zehnmal so viele (76.100; Vorjahr: 60.880). Dass diese Entwicklung kein rein deutsches Phänomen ist, zeigt sich beim Blick auf die Privatpersoneninsolvenzen der übrigen europäischen Staaten und den USA. Lediglich Norwegen verzeichnet im Jahresverlauf einen Rückgang der Insolvenzen von Privatpersonen. 1.685 Personen meldeten 2004 Konkurs an, im Jahr zuvor lag die Zahl noch bei 2.139, was einem Rückgang von 21,2 Prozent entspricht.

Alle anderen Staaten verzeichnen Zuwächse, teilweise im zweistelligen Bereich: Vor allem Österreich hat mit der steigenden Zahl von Privatpersonenkonkursen zu kämpfen: 25,9 Prozent oder 1.155 Insolvenzen mehr

als noch 2003 werden gemeldet. In Österreich trat der als Privatkonkurs bezeichnete Teil der Konkursordnung 1995 in Kraft, mittlerweile gehen Schätzungen davon aus, dass 400.000 Menschen in Österreich gravierende Liquiditätsprobleme haben, von denen 5.613 2004 einen Privatkonkurs angestrengt haben (2003: 4.458). In Großbritannien wurde die Verfahrensdauer für die Restschuldbefreiung im April 2004 auf ein Jahr herabgesetzt, was sicherlich einen Teil des enormen Anstiegs der Verfahrenszahlen (23,6 Prozent) erklärt.

Insgesamt stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in Westeuropa um 22,5 Prozent auf fast 140.000 betroffene Personen. Dass es sich bei dieser Zahl nur um die Spitze des Eisberges handelt, wird deutlich beim Blick auf die Überschuldungssituation ausgewählter Länder der Europäischen Union. Bis zu neun Prozent der Bevölkerung in Deutschland gelten als überschuldet. In Großbritannien sind es immerhin sieben Prozent, in Finnland dagegen nur zwei.

Überschuldung bezeichnet die Situation, in der ein Schuldner auf absehbare Zeit nicht mehr in der Lage ist, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Wandel der Sozialstrukturen (Aufweichung familiärer Versorgungsstrukturen), die Instabilität in den Haushaltslebenszyklen (flexible Erwerbsbiografien mit Einkommensschwankungen) und die Zunahme finanzieller Eigenverantwortung als Folge der einbrechenden öffentlichen Daseinsvorsorge (Gesundheits- und Altersvorsorge) sorgen dafür, dass immer mehr Personen von der Verschuldung – also der Eingehung finanzieller Verpflichtungen – in die Überschuldung rutschen. Die Schuldner weisen in den verschiedenen Ländern weitgehend ähnliche soziodemografische Merkmale auf. Betroffen sind primär Alleinerziehende und Singles mittleren Alters (zwischen 25 und 45), die arbeitslos sind oder aus anderen Gründen ein Niedrigeinkommen beziehen.

**Tab. 4: Anteil überschuldeter Privathaushalte (geschätzt)**

■	Angaben in Prozent
Belgien	1 – 4
Deutschland	9
Finnland	2
Frankreich	3
Großbritannien	7
Niederlande	4
Schweden	3

Quellen: L'Observatoire du crédit et de l'endettement (Belgien), Statistics Finland und The National Research Institute of Legal Policy (Finnland), Task Force on Overindebtedness (Großbritannien), Swedish Consumer Agency (Schweden), Schätzung der französischen Regierung (Frankreich), Bundesministerium der Justiz (Deutschland)

Zählt man die Unternehmensinsolvenzen und die – soweit vorhanden – Privatpersoneninsolvenzen der westeuropäischen EU-17 Länder zusammen, kommt man auf fast 300.000 Gesamtinsolvenzen (296.234) für das Jahr 2004. Im Jahr zuvor wurden noch 268.945 Gesamtinsolvenzen gezählt – 10,1 Prozent weniger als die aktuelle Zahl.

### ■ 3 Insolvenzen in Deutschland

Die gute Nachricht zuerst: Deutschland hat im Jahre 2004 den größten Handelsbilanzüberschuss nach dem Zweiten Weltkrieg erwirtschaftet. Getrieben wurde der Überschuss durch ein starkes Wachstum der Ausfuhr um etwa zehn Prozent auf 731 Milliarden Euro. Vernachlässigt man den Handel mit Dienstleistungen, liegt Deutschland noch vor den USA und hat damit den Titel „Exportweltmeister“ erfolgreich verteidigt.

Nun die schlechte: „Wir waren mal die Lokomotive, jetzt sind wir Schlusslicht“ fasste ifo-Präsident Hans-Werner Sinn die deutsche Wirtschaftslage des Jahres 2004 zusammen. Das Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent in 2004 gehört zu den schwächsten in Europa. Die Erwerbslosenzahl war mit 9,3 Prozent so hoch wie seit 1997 nicht mehr und der private Konsum schrumpfte um 0,3 Prozent.

Mit knapp 40.000 Unternehmensinsolvenzen liegt Deutschland auf Platz zwei des Pleitenrankings, auch wenn die Zunahme im vergangenen Jahr nur noch 0,3 Prozent betrug – von der erhofften Trendwende ist auch hier nichts zu spüren.

Verantwortlich für die immer noch steigende Zahl der Insolvenzen sind die westdeutschen Unternehmen: 30.200 Betriebe aus den alten Bundesländern meldeten Insolvenz an – 1,9 Prozent mehr als 2003. In Ostdeutschland hingegen ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen seit dem Jahr 2003 rückläufig: 9.400 Betriebe waren 2004 von der Pleite betroffen – 4,3 Prozent weniger als 2003.

**Tab. 5: Insolvenzen in Deutschland**

■	2004	2003	Veränder. in %
Gesamt	115.700	100.350	+ 15,3
Unternehmen	39.600	39.470	+ 0,3
Privatpersonen	76.100	60.880	+ 25,0

Fast doppelt so hoch wie die Zahl der Unternehmenskonkurse, ist die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen: 76.100 Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige traten im vergangenen Jahr den Gang zum Insolvenzgericht an, was einem Zuwachs von 25,0 Prozent im Jahresverlauf entspricht. Ursache dafür sind zum einen gesetzliche Erleichterungen, die viele überschuldete Privatpersonen für sich in Anspruch nehmen, um sich dauerhaft von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Auf der anderen Seite stehen die hohe Arbeitslosigkeit und eine wachsende Zahl von Scheidungen und Trennungen, die Privatpersonen in die Überschuldung und letztendlich zur Stellung eines Insolvenzantrages bringen.

### **Angebot des Antrags**

Die Schäden, die diese Insolvenzen der Volkswirtschaft zufügen, belaufen sich für das Jahr 2004 auf 39,4 Milliarden Euro. Der Öffentlichen Hand fehlen 11,9 Milliarden Euro, private Gläubiger bleiben auf insgesamt 27,5 Milliarden Euro sitzen. Die Zahl der von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer beträgt für das Jahr 2004 605.000 und ist da-

mit erstmals seit dem Jahr 2000 wieder rückläufig (minus 1,3 Prozent). Ob dies 2005 so bleibt, darf angesichts der Insolvenz der Walter-Bau AG mit 4.500 betroffenen Arbeitsplätzen – sowie weiteren Betroffenen bei Subunternehmen – bezweifelt werden.

#### ■ 4 Im Kern der Probleme: Die Finanzierung

Etwa 19,3 Millionen Unternehmen gibt es im europäischen Wirtschaftsraum inklusive der Schweiz, die insgesamt etwa 140 Millionen Mitarbeiter zählen. Nur 0,2 Prozent der Unternehmen beschäftigen mehr als 250 Arbeitnehmer – der Rest der Betriebe sind KMU. Gemeinsam ist den meisten kleinen und mittleren Betrieben ihr schwieriger Zugang zu Finanzierungsinstrumenten. KMU finanzieren sich in der Mehrheit über Bankkredite. Zwar gewinnen alternative Kapitalquellen wie Leasing oder Factoring zunehmend an Bedeutung, sie werden den Bankkredit jedoch auch in Zukunft als Fremdfinanzierungsquelle Nummer eins nicht ablösen können.

Ein Hauptgrund für das Versagen der gewünschten Kredite ist der Mangel an Sicherheiten und Eigenkapital. Insbesondere für kleine und junge Unternehmen ist es schwierig, die Sicherheiten bereit zu stellen, die von den Banken verlangt werden. Und für Banken ist es ohne ausreichendes Eigenkapital und verwertbare Sicherheiten riskant, den erforderlichen Kredit zu gewähren. Eigenkapital dient aber nicht nur der Erlangung von Krediten – ihm kommt neben der Finanzierungsfunktion auch eine Rolle als Puffer zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und konjunkturellen Schwächephasen zu. Gemeinhin wird eine Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme als stabil erachtet, auch wenn die Vergleichbarkeit der Eigenkapitalquoten verschiedener Länder nur bedingt gegeben ist. Spanische und britische KMU sind verhältnismäßig gut mit Eigenkapital ausgestattet, Deutschland liegt mit durchschnittlich 7,5 Prozent haftendem Eigenkapital am Ende der Tabelle, was mit dem hohen Insolvenzaufkommen korrespondiert.

### ***Eigenkapital und Insolvenz***

**Tab. 6: Eigenkapitalausstattung des europäischen Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme**

■	Angaben in Prozent
Spanien	41,0
Großbritannien	40,0
Frankreich	34,0
Italien	22,0
Deutschland	7,5

Quelle: BDI, Bundesbank, Creditreform

Der europäische Handwerks- und KMU-Verband UEAMPE (European Association of Craft, small and medium sized Enterprises) stellte auf einer gemeinsamen Konferenz der Weltbank und des internationalen Sparkassenverbandes im November letzten Jahres ein umfassendes Programm zur Förderung der KMU-Finanzierung in Europa vor. Danach solle die künftige KMU-Finanzierungspolitik auf vier Pfeilern aufbauen: Bei der Umsetzung des Basel II-Übereinkommens sollen die vorhandenen Spielräume genutzt werden, um die neuen Regeln so einfach wie möglich zu gestalten. Sichergestellt werden müsse außerdem, dass alle gebräuchlichen Bürgschaften als Sicherheiten anerkannt werden. Zur Kompensation des Wegfalls der staatlichen Garantien der Banken und deren erhöhtem Risikobewusstsein sollen Kreditgarantiesysteme ausgebaut und dafür dem Europäischen Investmentfond mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Körperschafts- und Einkommenssteuerreformen sollten die Reinvestition von Unternehmensgewinnen attraktiver machen, um die Bildung von Eigenkapital zu stärken. Und schließlich soll ein erleichterter Zugang zu Risikokapital für KMU die Möglichkeiten der Kapitalaufbringung verbessern und den Markt für Beteiligungen durch Schaffung von Sekundärmärkten für Unternehmensanteile und durch eine erhöhte Transparenz gegenüber Investoren attraktiver machen.

***Wegmarken zur  
Verbesserung der  
Finanzierung***

**Tab. 7: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen**

■	Zahlungs- ziele	Zahlungs- verzug	Gesamt
Italien	66 (64)	21 (21)	87 (85)
Frankreich	47 (45)	12 (11)	59 (56)
Belgien	38 (40)	18 (23)	56 (63)
Großbritannien	32 (30)	22 (25)	54 (55)
Österreich	29 (27)	14 (12)	43 (39)
Schweden	27 (26)	8 (10)	35 (36)
Niederlande	26 (25)	16 (20)	42 (45)
Deutschland	26 (24)	16 (16)	42 (40)
Schweiz	26 (23)	17 (15)	43 (38)

( ) = 2003

Lieferantenkredite sind eine der wichtigsten kurzfristigen Finanzierungsquellen für KMU. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass kleinere Unternehmen aufgrund verspäteter Zahlungen ihrer Kunden einen akuten Mangel an Liquidität haben. Die Zahlungsfristen der Unternehmen in den einzelnen europäischen Ländern weichen teilweise erheblich voneinander ab. In Italien wird im Schnitt erst nach 87 Tagen gezahlt (Vorjahr: 85 Tage), aber auch französische und belgische Unternehmer lassen viel Zeit verstreichen, ehe sie tätig werden und ihre Schulden begleichen. In Frankreich wird durchschnittlich 59 (2003: 56) Tage auf den Zahlungseingang gewartet, und in Belgien müssen Unternehmen immer hin noch 56 Tage (Vorjahr: 63) überbrücken. Am schnellsten erhalten schwedische Unternehmer ihr Geld: Innerhalb von 35 Tagen werden hier offene Forderungen beglichen (Vorjahr: 36 Tage).

Die britische Federation of small businesses hat das Zahlungsverhalten von über 300 britischen Aktiengesellschaften (plcs) untersucht. Nur ein Drittel aller plcs beglich ihre Rechnungen pünktlich innerhalb von 30 Tagen. Der Spitzenreiter der untersuchten Unternehmen brauchte ganze 548 Tage, bis er fällige Forderungen überwies. Dabei wurde der Late Payment of Commercial Debts (Interest) Act 1998 und später die Late Payment of Commercial Debts Regulations 2002 erlassen, um für pünktlichere Zahlungseingänge zu sorgen. Beide Gesetze hatten zum Ziel, den Cash-

### **Große individuelle Unterschiede**

Flow der kleinen Unternehmen zu verbessern. Danach können Unternehmen jeder Größe voneinander Verzugszinsen und die Erstattung eines Teils der Beitreibungskosten verlangen. Der Zinssatz wurde mit 8 Prozent über dem Basiszinssatz der Bank of England festgeschrieben, und Beitreibungskosten können – abhängig vom Wert der Forderung – mit bis zu 100 Pfund veranschlagt werden.

Ähnlich, wie die Erfahrungen in Deutschland, zeigen sich hier vor allem praktische Probleme, die die Gesetze ins Leere laufen lassen: Nach Angaben der Federation of small businesses scheuen sich vor allem kleinere Firmen häufig, ihr Recht auf Verzugszinsen und Ersatz der Beitreibungskosten gegenüber ihren Schuldnern geltend zu machen. Nur etwa 15 Prozent der kleinen Firmen weisen in Mahnungen überhaupt auf Verzugszinsen hin, während 55 Prozent der großen Unternehmen dies tun. Aus Angst vor Verlust des Kunden werden die dargebotenen gesetzlichen Möglichkeiten nicht genutzt.

## ■ 5 Konjunktur und Insolvenzen

Nach einem sehr guten Start in das Jahr 2004 schwächte sich die Weltwirtschaft im zweiten und dritten Quartal des vergangenen Jahres leicht ab. Dämpfende Effekte ergaben vor allem die hohen Ölpreise, die nachfragebedingt auf neue Höchststände kletterten. Ein globaler Einbruch der Konjunkturerholung ist dennoch nicht zu befürchten, denn anders als bei den Ölpreisschocks der 70er und 80er Jahre dämpft der scharfe internationale Wettbewerb um Absatzmärkte und Produktionsstandorte die Inflationsrisiken. Experten gehen davon aus, dass sich die weltweite Konjunkturerholung 2005 auf einem zwar etwas niedrigeren, aber immer noch guten Niveau fortsetzen wird. Die Konjunktur der Euro-Zone halbierte sich aufgrund der Rückgänge der außenwirtschaftlichen Impulse im dritten Quartal 2004. Der deutlich nachlassende Schwung aus den internationalen Handelsbeziehungen zeigt die große Abhängigkeit des Euro-Raums von der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte haben jedenfalls noch keine ausrei-

***Es fehlt an Binnendynamik***

chende eigenständige Dynamik entwickelt, um das nachgebende Exportwachstum zu kompensieren. Das liegt vor allem an den Arbeitsmarktproblemen in den meisten Euro-Staaten – die durchschnittliche Arbeitslosenquote verharrte 2004 bei 8,9 Prozent.

**Tab. 8: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa**

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7
2004	1,6

Die Zahl der Beschäftigten, denen ein Jobverlust droht, weil der Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste, ging hingegen leicht zurück: Waren im vergangenen Jahr noch 1,7 Millionen Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, sind es 2004 1,6 Millionen – damit wird wieder der Wert des Jahres 2002 erreicht.

Das Minus an betroffenen Arbeitnehmern bei gleichzeitigem Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen liegt vor allem in der Größe der Unternehmen begründet, die Konkurs anmelden mussten. Hier wird einmal mehr die These untermauert, dass Insolvenzen ein Problem des Mittelstandes sind. Natürlich interessieren Megapleiten, wie das jüngste Beispiel Walter-Bau mit rund 4.500 betroffenen Arbeitsplätzen es zeigt, die Öffentlichkeit mehr, als die Insolvenz des Bäckers nebenan. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass ein Unternehmen in der Größe des Walter-Bau Konzerns viele Subunternehmen mit in den Insolvenzstrudel reißt.

**Arbeitskräftereservoir  
Mittelstand**

**Tab. 9: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2004 (Durchschnitt)**

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	10,2 (11,2)
Bau	18,6 (20,6)
Handel	26,5 (25,3)
Dienstleistungen	44,7 (42,9)

Angaben in Prozent, ( ) = 2003

Traditionell stellt der Dienstleistungssektor den größten Anteil am Insolvenzgeschehen in den ausgewählten Ländern. Binnen Jahresfrist nahmen die Insolvenzen in diesem Hauptwirtschaftsbereich noch einmal zu und machen nun fast die Hälfte (44,7 Prozent; 2003: 42,9 Prozent) des gesamten Insolvenzaufkommens in Europa aus. Hingegen schrumpfte der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes aufgrund der guten Konjunktur in diesem Segment – zumindest in den ersten drei Quartalen 2004 – von 11,2 Prozent 2003 auf nunmehr 10,2 Prozent. Erfreulicherweise verzeichnet auch die Baubranche einen Rückgang der Unternehmenskonkurse: Kam 2003 noch jede fünfte Insolvenz aus der Baubranche (20,6 Prozent), sind es 2004 nur noch 18,6 Prozent.

**Tab. 10: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2004**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *	Dienstleistung
Belgien	7,9 ( 8,3)	13,9 (13,9)	33,7 (32,3)	44,6 (45,4)
Dänemark	8,6 (10,7)	11,1 (12,6)	42,6 (42,5)	37,7 (34,2)
Deutschland	8,3 ( 9,1)	20,2 (20,7)	23,8 (23,7)	47,7 (46,4)
Frankreich	10,7 (11,3)	23,8 (23,3)	25,2 (26,4)	40,3 (39,0)
Großbritannien	18,5 (18,7)	17,2 (21,9)	22,7 (19,1)	41,7 (40,3)
Niederlande	12,1 (13,9)	13,4 (15,5)	32,1 (22,4)	42,4 (48,2)
Norwegen	10,0 (10,9)	10,9 (10,9)	34,3 (32,1)	44,8 (46,0)

\*) inklusive Gastgewerbe, Angaben in Prozent, ( ) = 2003

Die Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen der einzelnen Länder weisen teilweise deutliche Unterschiede in ihrer Struktur auf. So verzeichnet Großbritannien den höchsten Anteil (18,5 Prozent; Vorjahr: 18,7 Prozent) an Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe, wohingegen der Anteil in Belgien (7,9 Prozent;

***Löwenanteil für Dienstleister  
länderübergreifend***

Vorjahr: 8,3 Prozent), Dänemark (8,6 Prozent; 2003: 10,7 Prozent) und Deutschland (8,3 Prozent; 2003; 9,1 Prozent) gering ausfällt.

Das Baugewerbe hat es in Frankreich besonders schwer: 23,8 Prozent (Vorjahr: 23,3 Prozent) aller Insolvenzen dort kommen aus der Baubranche, in Norwegen sind es nur 10,9 Prozent (Vorjahr: 10,9 Prozent). Dafür liegen in Norwegen die Insolvenzanteile im Dienstleistungsbereich sehr hoch (44,8 Prozent), ebenso wie in Deutschland (47,7 Prozent) und Belgien (44,6 Prozent).

Der Handel kommt am schlechtesten in Dänemark weg: 42,6 Prozent (Vorjahr: 42,5 Prozent) der Insolvenzen stellt der Groß- und Einzelhandel in Dänemark, in Großbritannien sind es lediglich 22,7 Prozent (2003: 19,1 Prozent) der insolventen Unternehmen, die dieser Branche angehören.

## ■ 6 Länderberichte

### 6.1 Großbritannien

Großbritanniens Unternehmensinsolvenzen nahmen 2004 um 13,4 Prozent auf 12.827 betroffene Betriebe ab – Spitzenwachstum in Europa. Die Zahl der Privatpersoneninsolvenzen stieg um 23,6 Prozent auf 48.105 Konkurse.

**Tab. 11: Insolvenzen in Großbritannien**

■	2004	2003	Veränder. in %
Gesamt	60.932	53.747	+ 13,4
Unternehmen	12.827	14.815	- 13,4
Privatpersonen	48.105	38.932	+ 23,6

Großbritannien ist Europas Konjunkturlokomotive: Das Wirtschaftswachstum lag 2004 bei drei Prozent, die Arbeitslosenquote auf einem historischen Tiefpunkt von 4,8 Prozent. Getragen wurde der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes vom robusten Konsum und einer expansiven Fiskalpolitik. Die Risiken der weiteren Wirtschaftsentwicklung auf der Insel werden beim Blick auf die stark gestiegenen Verbraucherinsolvenzen offen-

sichtlich: In Großbritannien ist die Verbraucherver- schuldung sehr hoch – sie wird noch verstärkt durch eine hohe Preissteigerung der ohnehin schon sehr teuren Wohnimmobilien. Der Personal Finance Re- search Centre stufte 2001 44 Prozent der britischen Haushalte als überschuldungsgefährdet ein. Die Zah- lungsprobleme dieser Haushalte betreffen primär Schulden bei Versorgern und der Gemeinde; Kredit- schulden folgen an zweiter Stelle.

## **Brick-bubble**

### **6.2 Italien**

Italien ist zusammen mit Deutschland das exportorien- tierteste Land in Europa. Wie in Deutschland auch, war das Wirtschaftswachstum in Italien 2004 sehr schwach (1,5 Prozent). Die schlechte Verfassung der deutschen Konjunktur wirkte sich auch negativ auf die italieni- schen Ausfuhren aus. Hinzu kamen jedoch auch hei- mische Probleme in wichtigen Bereichen des Verarbei- tenden Gewerbes. So hat die italienische Autoindustrie dramatisch an Marktanteilen verloren. Auch die Fi- nanzskandale und die wirtschaftlichen Schäden der Insolvenzen bei Lebensmittelkonzernen (Cirio und Parmalat) hinterließen ihre Spuren und belasteten das Verbraucher- und Geschäftsvertrauen in die italieni- sche Wirtschaft. Im Beschäftigungsbereich bietet sich hingegen ein etwas positiveres Bild: Die Arbeitslosen- quote ist seit dem Jahr 2000 rückläufig, was auf Lohn- zurückhaltung, flexiblere Arbeitsmärkte, steuerliche Anreize und die Legalisierung von Schwarzarbeit zu- rückgeführt wird.

**Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Italien**

■	2004	2003	Veränder. in %
	17.457	16.202	+ 7,7

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Italien stieg 2004 um 7,7 Prozent auf 17.457 betroffene Firmen. Im Jahr zuvor traten noch 16.202 Betriebe den Gang zum Insolvenzgericht an.

### 6.3 Spanien

Die Spanische Wirtschaft wuchs 2004 um 2,7 Prozent und damit überdurchschnittlich. Seit 1996 wurden vier Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, auch wenn die Arbeitslosenquote mit 11,3 Prozent noch immer die höchste der westeuropäischen Länder ist. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mittlerweile auf fast 90 Prozent des EU-Durchschnitts angestiegen.

#### **Konsum auf Kredit**

Bei genauerem Hinsehen aber wird erkennbar, dass das spanische Wirtschaftswunder auf tönernen Füßen steht, denn der Aufschwung beruht einzig und allein auf der auf Pump finanzierten Nachfrage der privaten Haushalte und der regen Bautätigkeit. In der Industrie hingegen gingen schon mehr als 100.000 Arbeitsplätze verloren, weil immer mehr Unternehmen ihre Produktion in den Osten verlagern. Die iberische Halbinsel hat im Zuge der Globalisierung an Attraktivität verloren, weil die Löhne in den vergangenen Jahren stärker stiegen als die Produktivität.

**Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Spanien**

■	2004	2003	Veränder. in %
	570	646	- 11,8

Die Rückgänge im Unternehmensinsolvenzbereich spiegeln die florierende spanische Wirtschaft wider: Meldeten 2003 noch 646 Unternehmen ihren Konkurs an, sind es 2004 nur noch 570 Unternehmen, die wirtschaftlich zusammenbrachen, was einem Rückgang von 11,8 Prozentpunkten entspricht.

### 6.4 Frankreich

Mit über 40.000 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet Frankreich – wie in den Jahren zuvor – die meisten Zusammenbrüche aller verglichenen Länder, obwohl die Steigerungsrate mit 4,6 Prozent 2004 noch moderat ausfiel.

Frankreichs Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent wurde zu einem großen Teil vom privaten Konsum

getragen. Die Exporte hingegen gingen zurück. Das liegt daran, dass sich Frankreichs Ausfuhren stark auf die Euro-Zone konzentrieren, in der die Nachfrage seit langem schwach ist. Den französischen Unternehmen – insbesondere den großen, die im Börsenindex CAC-40 vertreten sind – geht es gut. Die Beschäftigungsrate hingegen ist gering, die Arbeitslosenquote lag 2004 bei 9,7 Prozent – insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

**Französische  
Unternehmensinsolvenzen  
an der Spitze der EU**

**Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich**

■	2004	2003	Veränder. in %
	40.042	38.296	+ 4,6

Frankreichs eigentliches Problem ist der aufgeblähte öffentliche Dienst: Mehrere Millionen Mitarbeiter werden im Staatsdienst beschäftigt, deren Gewerkschaftsvertreter selbst die geringsten Abstriche bei den zahlreichen Privilegien auf das Schärfste bekämpfen. Im Gegensatz zu den meisten anderen OECD-Staaten, die sich um die Eindämmung von Staatsausgaben und einen effizienten Behördenapparat bemühen, pumpt Frankreich in den vergangenen Jahren immer mehr Geld zur Schaffung von Arbeitsplätzen in seinen Staatsdienst, was Henri De Castries, Präsident des Versicherungskonzerns Axa, zu folgendem Statement bewog: „In diesem Land ist es der Staat, der sich reformieren muss“.

**■ 7 EU-Osterweiterung: Beitrittskandidaten**

Am ersten Mai 2004 wurde die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union vollzogen. Mit der Aufnahme von acht osteuropäischen Ländern sowie Maltas und Zyperns ist die Teilung des europäischen Kontinents endgültig überwunden. Der EU gehören damit 25 Länder an. Mit dem Beitritt von Polen, Ungarn Tschechien Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern wuchs die Bevölkerung der EU von 370 Millionen auf 455 Millionen Menschen.

## **Aufholen, nicht aufhalten**

Die mittel- und osteuropäischen Staaten gehören zu den dynamischsten Regionen der Welt. Die Wachstumsraten der Beitrittsländer liegen mit über vier Prozent prognostizierter Zunahme des Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 2004 bis 2007 (für die drei baltischen Länder werden sogar über sieben Prozent vorhergesagt) deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dennoch gibt es große Diskrepanzen insbesondere hinsichtlich des Lebensstandards und der Wirtschaftskraft. Das Pro-Kopf-Einkommen der neuen Mitglieder beträgt – in Kaufkraftparitäten gemessen – weniger als 50 Prozent des Durchschnitts der „alten“ EU. Zudem stellen die Neu-Mitglieder selbst eine sehr heterogene Gruppe dar. Während Malta und Zypern bereits auf eine langjährige marktwirtschaftliche Tradition zurückblicken, haben die anderen acht Staaten in den neunziger Jahren eine fundamentale Transformation von sozialistischen Planwirtschaften zu offenen Marktwirtschaften vollzogen.

Die teilweise noch sehr jungen Gesetze – gerade auch die, die Marktein- und austritte regeln – funktionieren noch nicht reibungslos, es fehlt an geeigneten Maßnahmen und Instrumenten zur Durchsetzung. Andererseits ist die Korruption in den meisten Beitrittsländern noch nicht ausreichend unter Kontrolle gebracht und politisch motivierte Einflussnahmen auf die Wirtschaft – wie etwa bei Russlands größtem Erdölexporteur Yukos – sind ebenfalls nicht auszuschließen. Der kreative Umgang mit den Instrumenten des Insolvenzrechts half im Fall Yukos dem Staat vermeintliche Steuerschulden in Milliardenhöhe geltend zu machen und das Unternehmen so in die Knie zu zwingen. Analysten bewerten den Steuerstreit als politisch motiviertes Vorgehen der russischen Regierung und des Präsidenten Wladimir Putin, weil der frühere Yukos-Chef, Michail Chodorkowski, politische Ambitionen gezeigt hatte.

Die Zahl der Insolvenzen gibt in den meisten Fällen nur die Spitze des Eisbergs wider, da viele Unternehmen, die nach westeuropäischem Standard bereits ihre Insolvenz beantragt hätten müssen, dies nicht tun, und weiter als Unternehmensruinen agieren. Hier liegt für westeuropäische Handelspartner die nicht zu unter-

schätzende Gefahr begründet, auf fälligen Forderungen sitzen zu bleiben.

**Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa 2004 im Vergleich zum Vorjahr \*)**

■	2004	2003	Veränderung in Prozent
Polen	1.062	1.076	- 1,3
Slowakei	5.700	5.554	+ 2,6
Slowenien	1684	1.555	+ 8,3
Tschechien	3.600	3.918	- 8,1
Ungarn	7.756	7.693	+ 0,8
Lettland	796	1.339	- 40,6
Litauen	700	611	+ 14,6
<b>Gesamt</b>	<b>21.298</b>	<b>21.746</b>	<b>- 2,1</b>

\*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

***So unterschiedlich wie die Länder sind die Insolvenzen***

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen der Beitrittsländer (ohne Estland) nahm leicht um 2,1 Prozentpunkte auf 21.298 betroffene Betriebe ab.

**Tab. 16: Insolvenzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern \*)**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Polen	3
Tschechien	16
Lettland	56
Ungarn	90
Slowakei	107
Litauen	112
Slowenien	269
<b>Gesamt</b>	<b>28</b>

\*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

Die Insolvenzquoten der einzelnen Beitrittsländer weichen stark voneinander ab und unterstreichen damit die schwierige Vergleichbarkeit der Daten. In Polen sind 2004 lediglich 3 von 10.000 existenten Betrieben insolvent geworden, in Slowenien dagegen 269. Der Durchschnitt der osteuropäischen Länder liegt bei 28 Insolvenzen je 10.000 Betrieben.

## 7.1 Polen

Der polnische Außenhandel entwickelte sich in den letzten Jahren sowohl auf der Import- als auch auf der Exportseite dynamisch. Das Schwergewicht des Außenhandels hat sich zunehmend auf die EU-Länder verlagert, wobei Deutschland eine herausragende Stellung einnimmt. Niedrige Steuersätze bei den Einkommens- und Unternehmenssteuern bringt Polen – wie den übrigen MOE-Staaten auch – eindeutige Vorteile im internationalen Standortwettbewerb. So wurde in Polen der Tarif der Körperschaftssteuer von 27 Prozent in 2003 auf jetzt 19 Prozent gesenkt.

Die polnische Landwirtschaft beschäftigt 19,6 Prozent der Erwerbstätigen des Landes. Seit 2004 werden Landwirte mit einer Fläche unter einem Hektar automatisch als arbeitslos erfasst, durch diesen statistischen Effekt beträgt die momentane Arbeitslosigkeit 20 Prozent (2003: 18 Prozent). Die Staatsausgaben beliefen sich zuletzt in Polen auf 46 Prozent der Wirtschaftsleistungen, die Einnahmen des Fiskus aber nur auf 41 Prozent.

### **Stagnation der Insolvenzen**

**Tab. 17: Unternehmensinsolvenzen in Polen**

■	2004	2003	Veränder. in %
	1.062	1.076	- 1,3

Das Insolvenzrecht in Polen wurde zum ersten Oktober 2003 reformiert – einerseits, um die Zahl der Sanierungen zu erhöhen, aber auch, um Gläubigern eine bessere Befriedigungsquote zu vermitteln und das Verfahren zu verschlanken. Dass diese Bemühungen noch am Anfang stehen, zeigen die Unternehmensinsolvenzzahlen für Polen: Lediglich 1.062 Unternehmensinsolvenzen (minus 1,3 Prozent) spiegeln nicht die florierende Wirtschaftslage des größten Beitrittslandes wider, sondern die mangelhafte Nutzung der gesetzlichen Bestimmungen.

## 7.2 Slowakei

Das Wirtschaftswachstum in der Slowakei betrug 2004 etwa 4,1 Prozent. Der Privatsektor trägt fast 90 Prozent zur BIP-Entstehung bei. Trotz der glänzenden Konjunktur leidet die Slowakei unter einer hohen Arbeitslosigkeit von 16,6 Prozent. Langsame Privatisierungspolitik und geringer Zufluss ausländischen Kapitals verzögerten die Restrukturierung der Betriebe. Noch immer ist der Ressourcen- und speziell der Energieeinsatz des industriellen Sektors in der Slowakei erheblich höher als in westlichen Volkswirtschaften. Preisliberalisierungen und Steuererhöhungen ließen die Inflationsrate 2004 kräftig um 8,8 Prozent ansteigen.

Tab. 18: Unternehmensinsolvenzen in der Slowakei

■	2004	2003	Veränder. in %
	5.700	5.554	+ 2,6

Die Unternehmensinsolvenzen in der Slowakei belaufen sich für das Jahr 2004 auf 5.700 betroffene Fälle, 2,6 Prozent mehr als 2003. Die Konkursordnung in der Slowakei sieht keine Möglichkeit für eine Unternehmenssanierung vor. Konkurs heißt Zerschlagung des Betriebes. Allerdings gibt es Bestrebungen, das geltende Konkursgesetz grundlegend zu reformieren, um Korruption zu vermeiden, das Verfahren zu straffen und die Sanierung als eine Verfahrensoption einzuführen.

### ***Das Alte nicht zerschlagen***

## 7.3 Slowenien

Ratingagenturen platzieren Slowenien an erster Stelle unter den mittel- und osteuropäischen Ländern. Grund sind die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent, ein hohes Ausbildungsniveau der Slowenen (die Slowenen sind die eifrigsten Internetnutzer; 2002 lag ihre Zahl bei 376 pro 1.000 Einwohnern, der westliche EU-Durchschnitt bei nur 355), vergleichsweise wenig Korruption, eine hohe Rechtssicherheit und der relativ gute Gläubigerschutz.

**Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen in Slowenien**

■	2004	2003	Veränder. in %
	1.684	1.555	+ 8,3

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg in Slowenien im Jahresverlauf um 8,3 Prozent auf 1.684 betroffene Betriebe, was bei knapp zwei Millionen Einwohnern ein recht hohes Niveau ist, auf der anderen Seite aber auch zeigt, dass hier die Gesetze zu funktionieren scheinen.

#### **7.4 Tschechien**

Tschechien erwartet für 2004 ein Wachstum von vier Prozent. Hauptursache für die im europäischen Vergleich positive Entwicklung waren das gute Konsumklima, der Export und die weiter hohen Investitionen vor allem ausländischer Unternehmen. Sorge bereitet die jüngste Kronenaufwertung gegenüber dem US-Dollar. Vor dem Hintergrund der anziehenden Inflationsrate und der Wachstumsbeschleunigung erhöhte die Zentralbank im August 2004 den Leitzins erstmals wieder auf moderate 2,5 Prozent, weitere Zinsschritte dürften folgen. Nachteilig in Tschechien sind die Langwierigkeit bürokratischer Prozesse und Gerichtsverfahren. So dauert die gerichtliche Durchsetzung von Forderungen in Tschechien im Schnitt 300 Tage, im EU-Durchschnitt sind es nur 229 Tage.

**Tab. 20: Unternehmensinsolvenzen in Tschechien**

■	2004	2003	Veränder. in %
	3.600	3.918	- 8,1

Insolvenzverfahren in Tschechien sind noch langwieriger: Mehr als neun Jahre vergehen im Schnitt, bis ein Unternehmensinsolvenzverfahren abgewickelt ist. Die Zahl der Insolvenzen in Tschechien ist rückläufig: Mussten im Jahr 2003 noch 3.918 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten, sind es im Jahr 2004 nur 3.600, was einem Rückgang von 8,1 Prozentpunkten entspricht.

## 7.5 Ungarn

Ungarns Wirtschaft befindet sich seit acht Jahren auf dem Wachstumspfad. Motor sind die Exporte der hauptsächlich durch Auslandsinvestitionen modernisierten Industrie. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Medgyessy will den starken Rückgang von Investitionen aus dem Ausland, der durch den weitgehenden Abschluss der Privatisierungen und durch die nach dem EU-Beitritt verstärkte Konkurrenz in der Region verursacht wurde, überwinden. Sie hat dazu eine Reihe von Konzepten lanciert, die an die traditionellen Stärken Ungarns in der technischen und der IT-Ausbildung anknüpfen sollen.

Tab. 21: Unternehmensinsolvenzen in Ungarn

■	2004	2003	Veränder. in %
	7.756	7.693	+ 0,8

Der Forderungseinzug in Ungarn gestaltet sich schwierig. Auf außergerichtliche Mahnungen reagieren die meisten Schuldner überhaupt nicht und das Betätigungsfeld von Inkassounternehmen ist noch nicht gesetzlich geregelt, so dass es eine Reihe kleinerer Unternehmen gibt, die mit illegalen Methoden arbeiten oder nach erfolgreichem Forderungseinzug mitsamt der eingezogenen Summe untertauchen. Gerichtliche Mahnverfahren kosten drei Prozent der einzuklagenden Summe, Gerichtsverfahren werden mit sechs Prozent veranschlagt. In der Regel dauert das Beschreiten des Rechtsweges ein bis zwei Jahre, so dass es nicht selten vorkommt, dass der Schuldner in der Zwischenzeit zahlungsunfähig wird.

Kommt es zu einem Insolvenzverfahren, wie 2004 7.756 mal (plus 0,8 Prozent im Vergleich zu 2003), wird in 90 Prozent der Fälle das Verfahren gar nicht erst eröffnet, weil eine die Kosten des Verfahrens deckende Masse nicht vorhanden ist. Eine Gläubigerbefriedigung findet dann überhaupt nicht statt. Auch Sanierungsverfahren werden so gut wie nicht durchgeführt, da in Ungarn noch wenig Erfahrung mit solchen

***Gläubigerrechte kaum geregelt***

Instrumentarien gemacht wurde und geeignete rechtliche Konstruktionen fehlen.

## 7.6 Baltikum: Estland, Lettland und Litauen

Die drei kleinen baltischen Staaten an der Ostseeküste machen durch weitgehend ausgeglichene Staatshaushalte, ein starkes Wirtschaftswachstum, hohe Leistungsbilanzdefizite und ein hohes Ausbildungsniveau von sich reden.

Tab. 22: Unternehmensinsolvenzen im Baltikum \*)

■	2004	2003	Veränder. in %
Lettland	796	1.339	- 40,6
Litauen	700	611	+ 14,6

\*) für Estland liegen leider keine Zahlenangaben vor

In Estland betrug das Wirtschaftswachstum 2004 schätzungsweise 5,6 Prozent. Traditionell hat Estland eine enge Verbindung nach Finnland, das mit Abstand wichtigster Handelspartner für Estland ist. Als Hemmnisse werden der immer noch unbefriedigende Ausbau der Straßenwege nach Westeuropa angesehen und die noch nicht ausreichend unter Kontrolle gebrachte Korruption.

Die starke Expansion des Außenhandels in Litauen und die durch den EU-Beitritt deutlich erleichterten Konsumgüter-Importe aus Westeuropa führten zu einem drastischen Anstieg des Leistungsbilanzdefizits auf 10 Prozent des BIP im ersten Halbjahr 2004. Allerdings flossen auch ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 382 Millionen Euro nach Litauen. Trotzdem liegt der durchschnittliche Lebensstandard bei lediglich 42 Prozent des EU-Durchschnitts. Aus diesem Grund ist die Abwanderungsrate in Litauen sehr hoch, in den ersten sieben Monaten des Jahres 2004 wanderten 54 Prozent mehr Menschen Richtung Westeuropa ab als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Insolvenzen stieg vergleichsweise stark um 14,6 Prozent auf rund 700 betroffene Firmen an.

### ***Litauen verschlechtert sich***

In Lettland beträgt das BIP für 2004 etwa sechs Prozent, 70 Prozent davon werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, ein Fünftel von der Industrie. Die offizielle Arbeitslosenquote lag im März 2004 bei 9,2 Prozent. Sozialstaatliche Elemente des Wirtschaftssystems sind in Form von Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Altersrente verwirklicht, ihre Weiterentwicklung stößt an finanzielle Grenzen. Das Insolvenzrecht datiert aber noch von 1996 – die Zahl der Insolvenzen konnte im Jahresverlauf um 40,6 Prozent auf 796 betroffene Unternehmen gesenkt werden.

## ■ 8 Insolvenzen in Japan und den USA

### 8.1 Japan

Die japanische Wirtschaft zeigte bis fast zum Ende des Jahres 2004 noch keine Ermüdungserscheinungen im konjunkturellen Erholungsprozess. Das Wachstum lag bei 2,9 Prozent; Motor waren vor allem die Exporte, angeregt durch das explosive Wachstum der chinesischen Wirtschaft und die große Nachfrage im Inland nach digitalen Produkten. Der starke Rückgang der Unternehmensinsolvenzen spiegelt die konjunkturelle Entwicklung in Nippon wider: Um 16,2 Prozent ging die Zahl der Unternehmenskonkurse im Jahresverlauf auf nunmehr 13.934 betroffene Unternehmen zurück.

***Gute Konjunktur und weniger Insolvenzen***

**Tab. 23: Unternehmensinsolvenzen in Japan**

■	2004	2003	Veränder. in %
	13.934	16.624	- 16,2

In den letzten Monaten des Jahres 2004 zeigten sich jedoch zunehmend Anzeichen für eine Abkühlung der japanischen Wirtschaft. Insbesondere stagnierten im Oktober und November die Exporte der digitalen Geräte und der private Verbrauch ließ nach. Experten gehen jedoch davon aus, dass diese Phase der Stagnation nur von kurzer Dauer sein wird. Der Unternehmenssektor in Japan ist insgesamt sehr stark und die Bank of Japan ist auf einem guten Weg, das Problem fauler Kredite im Bankensektor zu lösen. Dabei hilft die Stabilisierung der Immobilienpreise, da Kredite in der

Regel gegen Besicherung von Immobilien vergeben wurden.

## **8.2 USA**

Die größte Volkswirtschaft der Welt wuchs 2004 um 4,5 Prozent. Steuerentlastungen, ausländische Kapitalzuflüsse und niedrige Zinsen begünstigen den privaten Konsum und die Investitionen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den USA stieg nur vergleichsweise schwach um 0,4 Prozentpunkte auf 35.185 betroffene Betriebe an (2003: 35.037).

Rund zwei Drittel des Bruttonettoproduktes in den USA werden vom privaten Konsum getragen – keine Spur von Kaufzurückhaltung wie in Deutschland. Hier liegt allerdings auch die Gefahr der konjunkturellen Entwicklung in den USA begründet: Die private Verschuldung in Amerika bricht alle Rekorde: Nach Angaben der US-Notenbank Fed haben sich die Kredite der Amerikaner für Immobilienfinanzierungen, Autokauf und andere private Ausgaben im ersten Quartal 2004 auf neun Billionen Dollar belaufen. Durchschnittlich 18,4 Prozent ihres Einkommens müssen die Amerikaner aufwenden, um ihre Schulden abzutragen. Konjunktur auf Pump ist für die USA so lange kein Problem gewesen, wie die Zinsen auf einem historischen Tiefstand waren. Die massive Aufnahme von Krediten für Haus- und Wohnungskäufe löste in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Immobilienboom aus. Viele Amerikaner verkauften ihr Haus bereits nach kurzer Zeit wieder mit hohem Gewinn. Seit die Fed im Sommer 2004 mit Zinserhöhungen begann, drohen viele Amerikaner in eine Schuldenfalle zu geraten. Für ein Fünftel der gesamten privaten Kreditschulden sind mit den Banken variable Zinsen vereinbart worden, was eine unverzügliche Erhöhung der monatlichen Ratenzahlungen nach sich zieht.

Konsumentenkredite werden in den USA – anders als etwa in Deutschland – aber nicht nur zum Erwerb langlebiger Konsumgüter aufgenommen, sondern auch zur Finanzierung medizinischer Behandlungskosten. So hatten im Jahr 2000 56,2 Prozent der Ehepaare, die

### ***Damoklesschwert Konsumentenverschuldung***

einen gemeinsamen Antrag auf Eröffnung des Privatkonkursverfahrens stellten, einen Kredit zur Finanzierung ihrer medizinischen Behandlungskosten aufgenommen.

**Tab. 24: Insolvenzen in den USA**

■	2004	2003	Veränder. in %
Gesamt	1.644.492	1.659.714	- 0,9
Unternehmen	35.185	35.037	+ 0,4
Privatpersonen	1.609.307	1.624.677	- 0,9

Ein weiteres Phänomen, welches drei in Zehn-Jahresabständen durchgeführte Studien von Schuldner mit rechtshängigen Privatinsolvenzverfahren zeigte, war, dass insbesondere die amerikanische Mittelschicht von Insolvenzen betroffen ist (in 2001 waren es 91,8 Prozent aller Antragssteller). Auch wenn das Einkommen zum Zeitpunkt des Konkursantrages der unteren Einkommensschicht zuzurechnen war, gehörten diese Schuldner ursprünglich der Mittelschicht an. Der Einkommensstatus zur Zeit der Antragsstellung reflektiert bereits den Insolvenzauslöser, nämlich Einkommenseinbußen als Folge von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit etc.. Vergleicht man die berufliche Ausbildung der Antragssteller mit der sonstigen US-Population, spiegeln die Kandidaten weitgehend das typische US-Bildungsbürgertum wider.

### ***Verarmter Mittelstand***

## ■ 9 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Europäischen Union plus Norwegen und der Schweiz stieg im Jahresverlauf leicht um 1,0 Prozent auf insgesamt 156.245 betroffene Firmen (Vorjahr: 154.647). Die Entwicklung der Insolvenzen verläuft in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich.

Den größten Rückgang verzeichnet Großbritannien: Um 13,4 Prozentpunkte auf knapp 13.000 Unternehmenszusammenbrüche sanken die Insolvenzen in England, Schottland und Wales. Auch Norwegen konnte die Zahl der Konkurse senken: Mussten 2003 noch 3.084 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht

antreten, waren es 2004 nur noch 2.675, was einem Rückgang von 13,3 Prozent entspricht. Auch Spanien verzeichnete 2004 einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im zweistelligen Bereich (minus 11,8 Prozent) – die Vergleichbarkeit der Insolvenzzahlen von Spanien mit denen der übrigen Länder ist jedoch nur bedingt möglich: In Spanien gab es 2004 lediglich 570 Insolvenzen, weil Spaniens Insolvenzrecht nur von großen Unternehmen genutzt wird. Die kleineren Betriebe lassen ihr Unternehmen als „Ruine“ in den Büchern stehen und meiden den Aufwand einer Abwicklung.

Am anderen Ende der Skala liegt Griechenland. Die Steigerungsrate bei den Unternehmensinsolvenzen liegt bei 20,2 Prozent. Insgesamt 577 Firmen meldeten Konkurs an. Die Plätze zwei und drei belegen Deutschlands Nachbarn Österreich (11,2 Prozent Steigerung auf 6.273 betroffene Firmen) und die Schweiz (9,2 Prozent Zuwachs auf 4.955 Insolvenzen).

Die höchste Insolvenzquote (Insolvenzen im Verhältnis zur Zahl der existenten Unternehmen) hat Luxemburg: 280 Insolvenzen je 10.000 Betriebe verzeichnet das Land. Spanien hat – aus den schon beschriebenen Gründen – die niedrigste Insolvenzquote vorzuweisen: Lediglich zwei von 10.000 Betrieben meldeten Konkurs an.

Die Zahl der Insolvenzen von Privatpersonen ist nicht für alle europäischen Länder verfügbar. Der Trend ist jedoch eindeutig: Die Zunahme der Insolvenzen von Verbrauchern ist auch im Jahre 2004 ungebrochen. Um 22,5 Prozent auf 139.989 Betroffene stieg die Zahl an. Dieser Entwicklung trotzt alleine Norwegen, hier ist ein Rückgang der Privatkonkurse zu verzeichnen: Meldeten 2003 noch 2.139 Personen ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch, sind es 2004 nur noch 1.685, was einem Rückgang von 21,2 Prozent entspricht.

In Deutschland hoffte man 2004 auf eine Trendwende bei den Unternehmensinsolvenzen – die aber blieb aus. Allerdings stiegen die Insolvenzen nur noch um

0,3 Prozent auf knapp 40.000 (39.600) betroffene Betriebe. Die Zahl der Privatpersoneninsolvenzen liegt mit 76.100 Betroffenen fast doppelt so hoch wie die Zahl der Unternehmenskonkurse und stieg im Jahresverlauf auch noch einmal kräftig um 25,0 Prozent an.

Für die immer noch steigende Zahl der Insolvenzen liegen zwei Hauptursachen wohl in der mangelhaften finanziellen Ausstattung vieler Betriebe und in dem konjunkturellen Gefüge, in dem diese und ihre Branche sich bewegen. So sind in Spanien beispielsweise mittelständische Unternehmen mit 41 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme verhältnismäßig gut kapitalisiert. In Italien (22 Prozent Eigenkapital) und Deutschland (20 Prozent Eigenkapital nach Angaben des BDI) sind mittelständische Betriebe häufig unterkapitalisiert. In Italien kommt erschwerend für die Betriebe hinzu, dass sehr langsam gezahlt wird: Im Schnitt brauchen Kunden 87 Tage, bis sie eine fällige Forderung überweisen – das ist Spitze in Europa. In Deutschland beispielsweise erreichen Zahlungen nach 42 Tagen ihren Empfänger – immer noch ein Wert, der die Liquidität kleiner Unternehmen stark strapaziert.

Die Zahl der von der Insolvenz des Arbeitgebers bedrohten Arbeitsplätze beläuft sich für das Jahr 2004 auf 1,6 Millionen und liegt damit unter dem Wert des Vorjahres (1,7 Millionen).

In den westeuropäischen Ländern dominiert die Dienstleistungsbranche das Insolvenzgeschehen. 44,7 Prozent (Vorjahr: 42,9 Prozent) aller Insolvenzen kommen aus dem Dienstleistungsbereich. Der Handel stellt 26,5 Prozent der Unternehmenspleiten (Vorjahr: 25,3 Prozent), der Bau 18,6 Prozent (Vorjahr: 20,6 Prozent) und nur 10,2 Prozent der Konkurse kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (2003: 11,2 Prozent).

Zum zweiten Mal in Folge präsentiert die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung auch das Insolvenzgeschehen der Beitrittsländer. Das Insolvenzgeschehen in den einzelnen MOE-Staaten zeigt sich un-

einheitlich. In Lettland beispielsweise gingen die Unternehmensinsolvenzen um 40,6 Prozent auf 796 betroffene Unternehmen zurück. Dagegen stiegen sie in Litauen um 14,6 Prozent auf 700 insolvente Betriebe.

Insgesamt verzeichnen die sieben Länder (für Estland waren keine Zahlen verfügbar) einen Rückgang der Insolvenzen um 2,1 Prozent oder 448 Unternehmen auf insgesamt 21.298 Betriebe. Insgesamt ist zu beachten, dass die vorhandenen Insolvenzgesetze in den Beitrittsländern noch nicht optimal genutzt werden und so davon ausgegangen werden kann, dass eine Vielzahl zahlungsunfähiger Betriebe existiert, die unter westeuropäischen Gesichtspunkten nicht mehr wirtschaftlich aktiv sein dürften.

Die Unternehmensinsolvenzen in Japan sanken im Jahresverlauf um 16,2 Prozent auf 13.934 betroffene Unternehmen. In den USA war eine leichte Steigerung der Pleiten von 0,4 Prozent zu verzeichnen. Allerdings liegen die Insolvenzen der USA mit 35.185 Betrieben weit unter denen von Deutschland oder Frankreich. Dagegen melden in den USA jedes Jahr mehr als eine Million Privatpersonen ihre Zahlungsunfähigkeit bei den Gerichten an: 2004 waren es 1.609.307 Verbraucher, was einem moderaten Rückgang in Höhe von 0,9 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Neuss, 10. Februar 2005

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2005, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

## **Verzeichnis der Informationsquellen**

### **Statistische Landesämter**

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

### **Deutsche Auslandshandelskammern**

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel  
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki  
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen  
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm  
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid  
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York  
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

### **Wirtschaftsinformationsunternehmen**

atradius, Protecting your credit sales, div. Ausgaben  
Centro Studi Confindustria, Rom  
Creditinform, Oslo  
Creditreform Österreich, Wien  
Creditreform Schweiz, St. Gallen  
EuroCommerce, Brüssel  
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam  
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki  
Gerling Namur, Namur  
Graydon Belgium N.V., Antwerpen  
Graydon NL, Amsterdam

Graydon UK  
ICAP, Griechenland  
Intrum Justitia BV, Amsterdam  
Experian Ireland Ltd., Dublin  
Køebmandstanden, Kopenhagen  
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien  
Marsh, München  
Moody's, Frankfurt/Main  
OR Telematique, Paris  
SCRL Observatoire des Entreprises  
Society of Practitioners of Insolvency  
Standard and Poor's, Frankfurt/Main  
UC AB, Stockholm

### **Wirtschaftsinformationsstellen**

Auswärtiges Amt, Länderberichte  
Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain  
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles  
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln  
BfAi Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln  
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Berlin  
BHF-Bank  
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen  
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg  
Bundesministerium für Finanzen  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Centre d'Observation (COE), Paris  
Chambre de Commerce, Luxembourg  
Department of Trade and Industry, London  
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin  
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
EWIS, Top-Infos für die Wirtschaft, div. Länder, Koblenz  
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln  
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich  
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main  
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris  
The Insolvency Service, London  
The World Bank Group, Paris  
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.  
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

## **Publikationen**

Creditreform-Analysen

Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2004

„Die private Überschuldung im internationalen Vergleich – Trends, Probleme, Lösungsansätze“, Prof. Dr. Udo Reifner, Helga Springeneer

Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

DTI, Departement of Trade and Industry UK

Grant Thornton International; European Business

Survey, London

ifo - Wirtschaftskonjunktur

Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2004

U. Jahn, A. Sahm (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 4. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 2004

## **Veröffentlichungen der EU**

BACH-Datenbank

DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg

European Network SME Research

KMU und Zugang zur Finanzierung, Beobachtungsnetz der europäischen KMU, 2003

Panorama europäischer Unternehmen

Unternehmen in Europa, Eurostat

## **Creditreform-Geschäftsstellen in Osteuropa**

Creditreform Eesti OÜ, Estland

Creditreform Latvija SIA, Lettland

Creditreform Lietuva UAB, Litauen

Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen

Creditreform k.s., Slowakei

Creditreform d.o.o., Slowenien

Creditreform s.r.o., Tschechien

Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn